



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

No 88.

Donnerstag den 13. April

1843.

Morgen wird keine Zeitung ausgegeben.

Bekanntmachung.

Der Kloditz-Kanal wird, wegen mehrerer nothwendig gewordenen Reparaturen, während des Zeitraums vom 1. August bis zum 25. Oktober d. J. für die Schifffahrt gesperrt werden.

Oppeln, den 1. April 1843.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Schlesien.

Breslau, 12. April. In der Sitzung am 4. April begannen die Beratungen über die Allerhöchste Proposition I. — den Entwurf des Strafgesetzbuchs — und wurden bis zum 6. April fortgesetzt. Außer dem Gesetzentwurf sind dem Landtage 64 auf denselben speciell Bezug habende Fragen und eine Denkschrift über diese Fragen mitgetheilt worden. Nach dem Allerhöchsten Propositions-Dekrete vom 23. Februar d. J. sollen die versammelten Stände zunächst und hauptsächlich ihr Gutachten über diese Fragen abgeben, es soll ihnen jedoch unbenommen sein, auch den übrigen Inhalt des vorgelegten Gesetzentwurfs zur Erörterung zu bringen und darüber ihre gutachtliche Erklärung vorzulegen.

Die Beratungen der Landtags-Versammlungen werden sich daher über den ganzen Inhalt des vorliegenden Entwurfs erstrecken, es wird bei demselben jedoch nur die volksthümlich praktische Auffassung des ihr zur Beratung überwiesenen Gegenstandes im Auge behalten werden können, da von einer Stände-Versammlung, wenn sie auch mehr oder weniger juristische Elemente zufällig in sich trägt, eine andere als die genannte Auffassung nicht erwartet und mit Erfolg nicht verlangt werden kann.

Was die Redaktion des Gesetzentwurfs betrifft, so hat es die Versammlung bedauert, in demselben kein in sich abgeschlossenes Ganze erkennen zu können, indem sich fast in jeder Materie Verweisungen auf Special-Verordnungen finden. Die Kenntniß des gesetzlichen Zustandes wird dadurch erschwert, und doch ist diese Kenntniß bei der Strenge des § 5, nach welchem Unbekanntheit mit dem Strafgesetze, dem Verbrecher nicht zur Entschuldigung gereichen soll, von höchster Wichtigkeit. Es erscheint wünschenswerth, entweder die Bestimmungen solcher Special-Verordnungen in den Content des Gesetzbuchs selbst aufzunehmen, oder aus denselben einen Anhang zu dem Strafgesetzbuch zu bilden, und man beschloß in dem von Sr. Majestät dem König über diese Allerhöchste Proposition geforderten Gutachten, den Wunsch einer größern Concentrirung des Strafgesetzbuchs auszusprechen.

Der zweite Abschnitt des ersten Titels handelt von den Strafen im Allgemeinen, und führt dieselben im § 8 einzeln auf. Für Verbehalten der Todesstrafe hat sich die Versammlung erklärt, dagegen gegen jede Verschärfung derselben.

Die zur Beratung gestellte erste Frage: Soll die Todesstrafe nur durch Enthauptung vollstreckt werden, ist zwar bejaht, allein dabei beschlossen worden, die Vollstreckung dieser Strafe durch das Fallbeil, als einer sicherern und schon in einem Theil der Monarchie geltenden, für zweckmäßiger anzuerkennen. Es wurde ferner beschlossen, in dem abzugebenden Gutachten den Wunsch auszusprechen: daß Maßregeln getroffen werden könnten, um die Deportation unter die Strafarten aufgenommen zu sehen. — Als die härteste Strafe nach der Todesstrafe ist die Zuchthausstrafe bezeichnet. Auf diese folgen Strafarbeit oder Festungsstrafe, Gefängniß oder Festungshaft, körperliche Züchtigung u. s. w. Zuchthausstrafe soll nur für Verbrechen angeordnet werden,

in denen sich eine Verleugnung des Ehrgefühls oder ein hoher Grad von Bosheit zu erkennen giebt, es soll gegen die zu dieser Strafe Verurtheilten eine Beschränkung der Dispositions-Fähigkeit in der Art eintreten, daß sie unfähig sind, während der Strafzeit ihr Vermögen zu verwalten und darüber unter Lebenden zu verfügen, und es darf ihnen kein Theil ihres Vermögens oder ihrer Einkünfte zur freien Verfügung verabfolgt werden.

Die Versammlung hat sich zwar mit diesen Bestimmungen für übereinstimmend erklärt, dabei aber bemerken zu müssen geglaubt: daß zur Begründung eines sichern Urtheils über diese neue Theorie der Strafarten und ihrer Stufenfolge es fast nothwendig erscheint, die Reglements der verschiedenen Strafankalten zu kennen, daß es namentlich wünschenswerth ist, wenn der Begriff der Festungsstrafe mit Arbeit, deutlicher und genauer entwickelt werde, als es in dem vorliegenden Entwurf geschehen ist, da bisher die mit der Verpflichtung zur Arbeit verbundene Festungsstrafe für härter als die Zuchthausstrafe angesehen worden ist. Die Frage: Soll anstatt der Strafarbeit auf Festungsstrafe und anstatt der Gefängnißstrafe auf Festungs-Arrest erkannt werden können, wenn solches nach den persönlichen oder bürgerlichen Verhältnissen des Verbrechers für angemessen zu achten ist? hat daher nur bedingt unter der Voraussetzung bejaht werden können, daß durch eine solche Strafverwandlung nicht eine wirkliche Erleichterung eintritt. Daß eine solche Strafverwandlung bei der Verurtheilung, Zuchthausstrafe, ausgeschlossen bleiben muß, ist unabweislich, da sie die härteste Freiheitsstrafe ist und mit keiner andern im Verhältniß steht.

Nach § 20 des Gesetzentwurfs darf keine zeitige Freiheitsstrafe die Dauer von 25 Jahren überschreiten. Die Frage: ob die Strafe der körperlichen Züchtigung beizubehalten sei? ist bejaht worden, die Beschränkung derselben auf Personen männlichen Geschlechts erschien aber nicht hinlänglich gerechtfertigt, da es unbestritten, daß die Bosheit der Gesinnung bei Frauenpersonen, wenn auch in seltenen Fällen, doch den höchsten Grad erreichen kann. Es wurde daher dafür gestimmt, daß diese Strafe auch bei Personen weiblichen Geschlechts Anwendung finden könne. Die Fragen: Soll der Verlust der Ehrenrechte, außer bei der Zuchthausstrafe, auch dann eintreten, wenn der Verbrecher durch das mit einer andern Freiheitsstrafe bedrohte Verbrechen, eine Verleugnung des Ehrgefühls zu erkennen gegeben hat? und soll eine besondere Polizei-Aufsicht nach verbüßter Strafe gegen solche Verbrecher eintreten, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sind? — wurden bejaht, dabei auch bemerkt, wie zu wünschen sei, daß in den Fällen, wo auf den Verlust der Ehrenrechte erkannt werde, auch die Unfähigkeit zum Erwerb dieser Ehrenrechte, insofern sie noch nicht beseffen worden, erkannt werden möge.

Nach § 43 kann die Polizei-Aufsicht gegen Bestellung einer Caution für gutes Betragen aufgehoben werden. Diese Bestimmung erschien in ihrer Allgemeinheit als bedenklich und als ein ungenügendes Mittel zur Erreichung des beabsichtigten Zwecks, Sicherheit des Publikums gegen den unter Polizei-Aufsicht Gestellten, da sich leicht Fälle denken lassen, wo die Caution von denen aufgebracht werden könnte, welche ein Interesse an der Befreiung von der Polizei-Aufsicht haben, um dem schon einmal bestrafte Verbrecher die Wiederholung des Verbrechens zu erleichtern.

Die Frage: Sollen Geldbußen, welche wegen Unvermögens des Verbrechers nicht beigetrieben werden können,

dergestalt in Gefängnißstrafe verwandelt werden, daß bis zum Betrage von 30 Rthlr. ein Thaler, von dem Betrage von mehr als 30 Rthl. bis zu 100 Rthl. zwei Thaler, und von dem Betrage über 100 Rthl. drei Thaler, einer viertägigen Gefängnißstrafe gleichzustellen sind, jedoch die Dauer der Gefängnißstrafe niemals über 4 Jahre steigen darf? wurde mit der Bemerkung bejaht, daß die ausgesprochene längste Dauer der Gefängnißstrafe von 4 Jahren auf 2 Jahre beschränkt werden möge.

Der fünfte Abschnitt des ersten Titels handelt von den Urhebern und den Theilnehmern eines Verbrechens und die §§ 74 u. f. enthalten die Bestimmungen, daß die Begünstigung eines Verbrechens straflos bleiben soll, wenn sie Eltern oder Kindern, Ehegatten, Geschwistern, Schwägern, Vormündern oder Mündeln geleistet wurde. Unter Eltern und Kindern sind nicht nur alle Verwandte und verschwägerte in auf- und absteigender Linie, sondern auch Adoptiv- und Pflegeeltern und Kinder zu verstehen, und unter den Verwandten in auf- und absteigender Linie sollen auch die unehelichen begriffen sein. Der Versammlung erschienen diese Bestimmungen zu ausgedehnt, indem sie von der Ueberzeugung ausging, daß das aus einer innigen Familien- oder andern Verbindung hervorgehende Gefühl treuer Liebe zwar von dem Gesetz zu ehren und zu schützen sei, daß aber auf der andern Seite im Interesse des öffentlichen Rechts die bezweckten Ausnahmen möglichst zu beschränken wären. Sie hielt daher den Antrag gerechtfertigt. Die in den gedachten Paragraphen bezweckten Ausnahmen in ihrem ganzen Umfange auf das Verhältniß zwischen Eltern und Kindern, Ehegatten, Geschwistern und Schwägern ersten Grades dergestalt zu beschränken, daß auf das Verhältniß zwischen Vormund und Mündel, zwischen Adoptiv- und Pflege-Eltern und Kindern, auf das Verhältniß der unehelichen Verwandtschaft mit der Ausnahme des Verhältnisses des unehelichen Kindes zu seiner Mutter, und auf das Verhältniß zwischen Erziehern und Zögling keine Rücksicht genommen wird.

Die auf Zurechnungsfähigkeit bezüglichen Fragen:

Soll bei jugendlichen Verbrechern die Zeit der Unzurechnungsfähigkeit bis zum vollendeten zwölften Jahre dauern?

Ist das Alter, welches bei jugendlichen, über 12 Jahr alten Verbrechern, eine Strafmilderung begründet, auf das vollendete sechzehnte Jahr zu bestimmen?

wurden bejaht.

Dankbar wurden die im § 84 u. f. enthaltenen Bestimmungen über die Nothwehr anerkannt, durch welche einem schon längst dringend gefühlten Bedürfniß genügt worden ist. Der § 84 fest:

die im Zustande rechter Nothwehr begangenen Handlungen sind straflos. Rechte Nothwehr ist vorhanden, wenn Jemand bei einem rechtswidrigen Angriffe gegen seine Person, Ehre oder Vermögen auf den Augenblicklich nöthigen Schutz der Obrigkeit mit Gewisheit nicht rechnen kann, und ihm, außer der gewaltsamen Selbstvertheidigung kein anderes sicheres Mittel zu Gebote steht, den ihm drohenden Schaden abzuwenden.

Die auf Verjährung der Verbrechen bezüglichen Fragen:

Soll bei Verbrechen, welche mit Todesstrafe bedroht sind, keine Verjährung zugelassen werden?

Soll die Verjährung erkannter Strafen ausgeschlossen bleiben?

wurden bejaht.

Die Bestimmung des § 95, wenn bei Abfassung eines Erkenntnisses übersehen worden, den durch das

Verbrechten zugleich verwickelten Verlust der im § 33 genannten Ehrenrechte oder Ehrenzeichen, den Verlust einer Pension oder eines Gnadengehälts, oder eines Anspruchs auf Letzteres oder die Stellung unter besondere Polizei-Aufsicht auszusprechen, so muß dieses durch ein nachträgliches Erkenntniß geschehen, — gab zu mehrfachen Bedenken Veranlassung. Ueber den Antrag: diesen Paragr. aus dem Strafgesetzbuch in die Straf-Prozessordnung zu übertragen, fand keine Uebereinstimmung statt. Dagegen wurde beschlossen, darauf anzutragen: daß in den im § 95 gedachten Fällen das nachträgliche Erkenntniß sich blos auf den Verlust der Ehrenrechte erstrecken und in geeigneten Fällen auch die polizeiliche Aufsicht nachträglich anordnen könne.

Die Frage: ist die Bestimmung des Allg. Landrechts im § 148 Tit. 20 Thl. II. wonach das Verrathen von Fabrik- oder Handels-Geheimnissen an Fremde unter Strafe gestellt ist, fortzulassen, wurde bejaht.

Im § 104 ist festgesetzt, daß bei Verbrechen, deren Bestrafung von dem Antrage einer Privatperson abhängig ist, der Antrag auf Bestrafung nach förmlicher Eröffnung der Untersuchung nicht wieder zurück genommen werden könne. Die Versammlung war aber der Meinung, daß, wenn der Antrag auf Bestrafung gesetzlich in die Willkür einer Privatperson gestellt ist, dann consequent auch das Recht derselben anerkannt werden muß, diesen Antrag bis zur Publikation des ersten Erkenntnisses zurückzunehmen zu dürfen.

Bei § 107, welcher die Bedingungen enthält, welche die Strafbarkeit des Verbrechens erhöhen oder vermindern, wurden beschlossen, denen Orten, welche als solche bezeichnet sind, in denen die Begehung eines Verbrechens die Strafbarkeit desselben erhöht, auch die Amts-Lokale beizufügen sind.

Zu § 117, welcher festsetzt, daß bei Verbrechen, welche im Auslande von Ausländern verübt worden sind, die Strafe mit Rücksicht auf das am Ort der That geltende gelindere Strafgesetz gemildert werden kann, wenn das Verbrechen nicht gegen den preussischen Staat und nicht gegen einen preussischen Unterthan verübt worden ist, wurde beantragt, diese Bestimmung auch auf die von Inländern im Auslande begangenen Verbrechen auszudehnen.

Bei § 123, welcher die Festsetzungen über die Scharfungsgründe wegen Rückfall in ein Verbrechen enthält, glaubte man beantragen zu müssen: daß, wenn seit Verübung des ersten Verbrechens die Verjährungsfrist abgelaufen sei, dann im Fall der Wiederholung desselben Verbrechens die Strafe des Rückfalls nicht eintreten könne.

Die Frage: Sind in Beziehung auf die Anwendung der Strafe des Rückfalls, Diebstahl, Unterschlagung, Raub, Hehlerei, Erpressung, Betrug, Münzverbrechen und Urkundenfälschung als gleichartige Verbrechen zu bezeichnen, wurde bejaht.

Zu dem zweiten Titel — von Polizeivergehen — § 127—140 wurde beantragt, daß den im § 130 aufgeführten Strafen: Verweis, Geldbuße bis zu 50 Rthl., Gefängnißstrafe bis zu 6 Wochen, körperliche Züchtigung, Konfiskation einzelner Gegenstände, auch noch die Strafe — zwangsweise Arbeit, beigelegt werden möge.

In dem ersten Titel des zweiten Theils: von den einzelnen Verbrechen und deren Strafen, macht sich nach § 141 des Hochverraths ein preussischer Unterthan schuldig, welcher es unternimmt:

- 1) das Leben oder die Freiheit des Königs zu gefährden;
- 2) das königliche Haus, den König oder den Thronfolger zu verdrängen, oder die Thronfolge zu verändern;
- 3) das Staatsgebiet ganz oder theilweise der Herrschaft des Königs zu entziehen, oder
- 4) die Staatsverfassung gewaltsam zu ändern.

Da nach § 142 auch derjenige preussische Unterthan einen Hochverrath begeht, welcher es unternimmt, auf gewaltsame Weise den deutschen Bund aufzulösen, die Bundesverfassung zu ändern oder das Bundesgebiet zu verkleinern, wurde beschlossen, in dem zu erstattenden Gutachten die Bitte auszusprechen: diese Bestimmung nur im Falle der Reciprocität eintreten zu lassen, so lange der deutsche Bund nicht als ein politischer Körper konstituiert sei, weil, wenn nicht Gegenseitigkeit in Betreff dieser Vorschrift obwalte, die preussischen Unterthanen exceptionell nachtheiliger beurtheilt werden würden, als die anderer Bundesstaaten, in welchen diese Vorschrift nicht bestehe. Der § 144 bestimmt für den Hochverräter Todesstrafe, und setzt zugleich fest, daß in dem Fall, wenn ein Angriff zum Zweck dieses Verbrechens verabredet worden, es aber noch nicht zur Unternehmung desselben gekommen ist, diejenigen Theilnehmer, welche nicht zu den Anstiftern oder Rädelshörnern gehören, mit 10jähriger bis lebenswärtiger Zuchthausstrafe belegt werden sollen. Diese letztere Strafbestimmung erschien darum zu hart, weil Zuchthausstrafe nur für Verbrechen angeordnet werden soll, in denen sich eine Verleugnung des Ehrgefühls oder ein hoher Grad von Bosheit zu erkennen giebt, beide Voraussetzungen aber bei Theilnehmern an dem genannten Verbrechen, namentlich in Beziehung auf Nr. 4 des § 141, oft nicht stattfinden. Das häufigere und wahrscheinlichere Motiv ist eine aus

mangelnder Erfahrung hervorgegangene irrige überspannte Ansicht von dem Begriff des Staates und den Pflichten gegen denselben, daher diese Art Verbrechen häufig von jungen unerfahrenen Männern begangen werden. Verbrechen aus solchen Ansichten hervorgegangen verdienen Strafe, selbst harte Strafe, aber keine entehrende. Hochherzige Monarchen haben dies erkannt und Amnestien für politische Verbrechen bewilligt. Dies schöne Vorrecht der vollständigen Begnadigung würde durch jene Strafbestimmung aufgehoben, denn die Hand der Gnade kann Fesseln lösen und den härtesten Kerker öffnen, aber nicht das Brandmal der Ehrlosigkeit verlöschen. Man vereinigte sich zu dem Antrage, die Zuchthausstrafe in dem im § 144 erwähnten Fall nicht einzutreten zu lassen, indem dem hohen Gesetzgeber anheim gestellt bleiben muß, welche andere nicht entehrende Strafe statt derselben angeordnet werden soll. Gleiche Ansichten haben auch gegen die im § 145 den, welcher öffentlich durch Rede oder Schrift zu einem hochverräterischen Angriff auffordert, wenn diese Aufforderung die Unternehmung des Angriffs nicht zur Folge hat, auch nicht in Folge einer Verabredung geschehen ist, angedrohte zehnjährige oder lebenswärtige Zuchthausstrafe stimmen lassen.

Von den in den letzten Plenar-Sitzungen zur Berathung gekommenen Petitionen wurden nachstehende berücksichtigt:

- 1) die Petition einer städtischen Commune wegen Zeitgemäßer Revision des Gesetzes vom 8. August 1750, betreffend die Stolz- und Tax-Ordnung für das Herzogthum Schlesien.
- 2) Die Petition eines ritterschaftlichen Abgeordneten aus der Ober-Lausitz, wegen Erlass einer gesetzlichen Bestimmung, nach welcher die baaren Auslagen in den Untersuchungssachen, in welchen Angeschuldigte die wider sie erkannten, den Privat-Jurisdictionen nicht anheimfallenden Geldstrafen ganz oder theilweise zahlen, zur Berichtigung der Untersuchungskosten aber unermögend sind, aus den gezahlten Strafbeträgen zu erstatten sind.
- 3) Die Petition desselben Abgeordneten um eine vor Beendigung der allgemeinen Gesetzkommision zu erlassende Verordnung, worin den Justiz-Commissionarien die Befugniß beigelegt wird, Prozesse und überhaupt Geschäfte jeder Art vor allen und jeden Gerichten der Monarchie als Bevollmächtigte und Assistenten der beteiligten Parteien betreiben zu dürfen.
- 4) die Petition eines Abgeordneten aus dem Stande der Städte für die Schiffmannschaften Wanderbücher wie bei den Handwerksgehilfen einzuführen.
- 5) Die Petition eines Hausbesizers in einer städtischen Commune, betreffend die Nachtheile der öffentlichen Holz-Auktionen in den königlichen Forsten für ärmere Volksklassen.
- 6) Zwei Petitionen von Mitgliedern der Stände-Versammlung aus dem Stande der Ritterschaft und der Städte, betreffend die Amortisation der schlesischen Pfandbriefe, in Folge deren beschlossen wurde, bei Seiner Majestät dem König zu befürworten: Die Revision des jetzigen Amortisations-Systems Allerhöchstdigst veranlassen zu wollen, weil dasselbe aus dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet, für ein Beförderungsmittel der provinziellen Wohlfahrt nicht anzusehen ist.
- 7) die Petition eines Abgeordneten aus dem Stande der Städte, wegen Fürsorge des Staats für die hinterbliebenen verstorbenen Invaliden.

Nicht berücksichtigt konnten werden:

- 1) Zwei Petitionen eines Gutsbesizers aus der Ober-Lausitz und eines Elementarlehrer wegen Anstalten zur Erziehung sittlich verwahrloster Kinder, indem zwar der Nutzen solcher Anstalten nicht verkannt werden kann, der Ausführung aber sich mehrfache schwer zu beseitigende Hindernisse entgegenstellen.
- 2) Petition eines Elementar-Ober-Lehrers, betreffend die sichersten Mittel zur Vertreibung der Raupen.
- 3) Die Petition zweier Justiz-Commissionarien und Notarien: die Aufhebung der in der Gerichts-Ordnung Theil 3 Titel 7. § 45 bis 75 enthaltenen Vorschriften über die Form der Notariats-Instrumente nachzusuchen und zu bitten: in den Provinzen, in welchen die Allgemeine Gerichtsordnung Gesezkraft hat, den mit Zuziehung der Zeugen aufgenommenen Notariats-Protokollen, öffentlichen Glauben, den Notarien aber die Befugniß beizulegen, diese Protokolle gleich den gerichtlichen Urkunden auszufertigen und Extrakte aus denselben mit öffentlichem Glauben zu erteilen.
- 4) Die Petition eines Abgeordneten aus dem Stande der Landgemeinen, wegen Verlegung des Martinigetreidezins-Termins auf den 1. Dezember.
- 5) Die Petition des Bürgermeisters einer städtischen Commune wegen Schutz gegen vermeintliche Bedrückungen durch Beamtenwillkühr.
- 6) Die Petition eines Abgeordneten aus dem Stande der Städte wegen Aufhebung der Gewährung des Natural-Quartiers für kommandirte Offiziere.
- 7) Die Petition von 887 Wasserradwerksbesizern we-

gen Befürwortung ihrer Immediat-Vorstellung, den Gesetz-Entwurf über die Benutzung der Privatflüsse betreffend.

- 8) Die Petition des Müller-Mittels zu Freiburg, das Verleselungs-Gesetz betreffend.
- 9) Die Petition einiger Abgeordneten des Görlitzer Wahlbezirks, wegen Aufhebung des in der Ober-Lausitz gültigen Ober-Amts-Patents vom 18. August 1727.

Bei der Abstimmung über die Petition der Kaufmanns-Ältesten einer städtischen Commune, betreffend die Suspension des Gesetzes über Benutzung der Privatflüsse für die Provinz Schlesien, wurde die Frage: Soll Seine Majestät der König gebeten werden, das Gesetz vom 28. Febr. 1843 für Schlesien zu bestätigen?

mit 41 bejaht und mit 45 Stimmen verneint. In Folge dieser Abstimmung trug der Stand der Städte und Landgemeinen mit der gesetzlichen Mehrheit von 2 Dritttheilen auf itio in partes an.

Provinz Preußen.

Königsberg, 4. April. (Zwanzigste Plenarversammlung.) Es kam zum Vortrage der Antrag auf Aufhebung des erimirten Gerichtsstandes, der, wie Antragsteller darthut, nicht nur seine eigentliche frühere Bedeutung verloren habe, sondern auch den Erimirten selbst keinen Nutzen jetzt gewähre, gleichwohl für die Nichterimirten verlegend sei. — Der Landtag theilt diese Ansichten durchweg, er erachtet die völlige Gleichheit vor dem Gesetze und vor dem Richter als ein in dem Nichtsbewußtsein aller Menschen tief liegendes Bedürfniß. Preußens Beherrscher hätten solches von jeher erkannt, und seien stets darauf bedacht gewesen, durch zeitgemäße Reformen in der Justizverfassung dem Principe der unbedingten Rechtsgleichheit die ihm gebührende Geltung zu verschaffen. Der erimirte Gerichtsstand mache jedoch hievon noch eine Ausnahme, welche den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspreche. Es entspringe aus diesem Institute für den Erimirten das drückende Gefühl einer scheinbaren Bevorzugung, und für den Nichterimirten das natürliche, wenngleich unbegründete Mißtrauen, daß seine geistigen und leiblichen Güter einer minderen Beachtung gewürdigt würden. — Der Landtag verkannte es zwar nicht, daß große materielle Interessen, namentlich große Puppenmassen, leichter gefährdet werden könnten, wenn sie der Verwaltung kleinerer Gerichte überwiesen würden; doch verschwindet dieses Bedenken in dem hingebenden Vertrauen zu der Weisheit und landesväterlichen Fürsorge Sr. Maj. des Königs, welche bereits einem großen Theile der Provinz, die Wohlthat kollegialisch formirter Kreisgerichte habe angeheben lassen, und die auch wissen werde, Mißstände berührter Art in gleicher Weise zu beseitigen, sobald es sich um die Erreichung höherer Zwecke handle. Allein also von dem Wunsche beseelt, durch völlige Gleichheit vor dem Gesetze und vor dem Richter das sittlich erhöhte Bewußtsein der Gerechtigkeit, diese Grundbedingung eines jeden innigen Nationalbandes, durchweg verwirklicht zu sehen, beschließt der Landtag einstimmig: Seine Majestät den König mit der ehrfurchtsvollen Bitte anzugehen, die Aufhebung des erimirten Gerichtsstandes Allerhöchstdigst anordnen zu wollen.

Viele Petitionen aus allen Theilen der Provinz, zahlreich unterschrieben von gebildeten Bewohnern der Städte und des Landes, beanspruchen die Dessen Wichtigkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren. — Der Landtag widmet diesem Gegenstande die lebhafteste Theilnahme. Er pflichtet den Petenten unbedingt darin bei, daß offenes Gericht das höchste Paladium der bürgerlichen Freiheit sei. Ein Blick auf England in welchem Lande das römische Recht mit seinem Gerichtsverfahren niemals habe Eingang finden, und die altgermanische Sitte des öffentlichen Rechtsprechens habe verdrängen können, bestätige diese Ansicht vollkommen. Das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren gewähre Personen und Eigenthum eine bei Weitem größere Rechtssicherheit, als das geheime schriftliche Verfahren. Bei diesem liege meistens Alles in der Hand des Instrumenten, resp. Inquirenten und Referenten, hier dagegen hören die Richter selber die Parteien und die Zeugen; ein jeder Richter habe das Recht, durch unmittelbares Befragen der Parteien Thatumstände sich erklären zu lassen, die ihm noch nicht gehörig erörtert erschienen, es sei sonach ein jeder Richter selbst Instrument und Referent, und das Urtheil sei sonach viel sicherer. Auch handle der Richter unter den Augen des Volkes, die öffentliche Meinung prüfe seine Schritte, und er werde schon dadurch bewogen, gerecht und umsichtig zu handeln. Durch eine solche Rechtssicherheit entstehe aber größeres Vertrauen des Volkes zu seinen Richtern, und das Ansehen des Richterstandes werde wesentlich dadurch erhöht. Daher auch überall, wo Dessen Wichtigkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens besteht, die große Liebe des Volkes zu dieser Institution, daher auch bei uns schon das überall sich kundgebende Verlangen nach gleicher Rechtspflege. — Ferner werde die Bildung und das Rechtsgelühl des Volkes dadurch gesteigert, indem das Publikum durch eigene Anschauung seine Verhältnisse zu den Gesetzen des Staats näher würdigen lerne,

und die Unterwürfigkeit unter dieselben ihm alsdann als wohlthätiges Bedürfnis erscheine. Dem Freigesprochenen werde, da das Volk beim öffentlichen Gerichtsverfahren gleichsam selbst mit urtheile, eine größere Satisfaktion in der Meinung seiner Mitbürger zu Theil, der wirkliche Verbrecher dagegen müsse sich scheuen, als solcher dem ganzen Publikum bekannt zu werden, der falsche Zeuge müsse zurückschrecken vor der Verachtung, die ihm Seitens seiner Mitmenschen droht, und selbst schlaue gewissenlose Menschen müssten zweideutige Rechtsbündel unterdrücken, da sie vor der Publizität den äußern Schein alsdann nicht retten könnten. — Endlich seien größere Schnelligkeit in der Justiz, Verringerung der Kosten und Gleichmäßigkeit des Gerichtsverfahrens in allen Provinzen des Staats, ebenfalls höchst wesentliche Vortheile, die die Deffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege im Gefolge habe, und beschließt daher der Landtag einstimmig, Sr. Maj. dem Könige die ehrsüchtige Bitte vorzutragen: den Ständerversammlungen eine auf dem Prinzipie der Deffentlichkeit und Mündlichkeit basirte Zivilgerichts- und Kriminalordnung zur Begutachtung Allerhöchstdigst überweisen, und falls die Revision der allgemeinen Landesgesetze eine Reform des civilrechtlichen Verfahrens in gewünschter Weise nicht sobald erlaube, zunächst wenigstens die Kriminalordnung, als den wichtigsten Theil des Gerichtsverfahrens, nach den Grundsätzen der Deffentlichkeit und Mündlichkeit umarbeiten lassen zu wollen.

Eine andere Petition hat die Herabsetzung der hohen Eingangszölle auf ausländisches Eisen und Norwegische Heringe zum Gegenstande. In Folge des Antrages des sechsten Provinzial-Landtages, betreffend die Zollermäßigung ausländischen Eisens sprach der Bericht des Staatsministeriums vom 23. Febr. 1841 die Ansicht aus, daß zur Zeit dieser Antrag nicht gerechtfertigt erscheine. Aus der vorliegenden Petition und der Debatte darüber stellt es sich heraus, daß dieser Zoll ursprünglich zum Schutz der schlesischen Eisenhütten eingeführt worden. Seitdem hat aber die Anlegung von Eisenbahnen den Bedarf des Eisens und den Absatz jener Eisenhütten so sehr gesteigert, daß sie nicht im Stande sind, die Anforderungen zu befriedigen. Die ehemals für nothwendig erachtete Schutzsteuer nimmt deshalb nunmehr den Charakter einer das inländische Gewerbe aufs Newßerste drückenden Steuer an, gleichsam als solle den schlesischen Eisenhütten der Eisenhandel als Monopol überwiesen werden. Es erscheine als eine Anomalie, daß Preußen mit seinem freisinnigen Handelsprinzip noch dergleichen Hemmnisse durch Besteuerung des unentbehrlichsten Rohmaterials duide. Als schlagendes Beispiel wurde unter Andern angeführt, wie durch den hohen Zoll von 3 Thlr. pro Ctr. englisch Eisen die Ausrüstung eines Schiffes, da dieses Eisen zu den Ankerketten gar nicht zu entbehren sei, um 3 bis 400 Thlr. vertheuert werde, während doch der Rhederei jeder nur mögliche Vortheil geleistet werden sollte. Durch diese Gründe sieht sich der Landtag zu dem einstimmigen Beschlusse veranlaßt, Sr. Majestät dem Könige mittelst Denkschrift die Bitte um Aufhebung des Eingangszolles auf ausländisches Eisen ehrsüchtvoll vorzutragen. — Dagegen konnte der Antrag auf Ermäßigung der Steuer auf Norwegische Heringe für jetzt nicht befürwortet werden, da demselben die unerläßlichen statistischen Angaben rückichtlich des Verkehrs mit Norwegen sowohl, als auch der auf diesen Artikel gelegten russisch-polnischen Zölle fehlen.

Provinz Pommern.

Stettin, 31. März. (Neunzehnte Sitzung.) Einen Antrag mehrerer Eingewiesenen des Bütowschen Antheils des Lauenburg-Bütowschen Kreises, auf Gewährung einer besonderen Verwaltung des betreffenden Kreis-Antheils durch einen landrätlichen Stellvertreter, fand der Landtag durch das besondere Verhältniß des Bütowschen Kreis-Antheils begründet, das zwei Volksstämme, Deutsche und Polen, durch Sprache, Religion und Sitten getrennt, zu einer Einheit noch nicht gelangt sind, und deshalb oft augenblickliches energisches Einschreiten der Polizei-Gewalt, was bei der großen Entfernung des Landrath-Amtes nicht möglich ist, Noth thue, und dadurch noch besonders unterstützt, daß bis vor 9 Jahren ein landrätlicher Stellvertreter für jenen Kreis-Antheil vorhanden gewesen. Es ward die allerunterthänigste Bitte beschlossen: des Königs Majestät wolle aus den vorgetragenen Gründen geruhen, dem Bütowschen Kreis-Antheil, durch einen landrätlichen Stellvertreter, eine besondere Kreis-Polizei-Verwaltung, wie solche bis vor 9 Jahren bestanden, wieder zu gewähren.

(Zwanzigste Sitzung.) Eine Beschwerde des Redakteurs der Börsen-Nachrichten der Ostsee über Beengungen durch die Censur, verbunden mit dem Antrage auf Verwendung des Landtages, daß 1) des Königs Maj. ein neues, den Bedürfnissen der Gegenwart angemessenes Pressegesetz, unter ständischer Begutachtung, bald zu emaniren geruhe, 2) bis dahin aber die Berufung von der Entscheidung des Censors an die Ober-Landes-Gerichte, unter Vorbehalt der Cassations-Instanz für beide Theile, an das Geheime Ober-Tribunal gestatten möchte, und 3) Konzessions-Entziehungen künftig nur im Wege Rechts erfolgen dürften; blieb einstimmig ohne

Berücksichtigung, da kein Grund gefunden werden konnte, jetzt, wo gerade erst eine Censur-Instruktion erlassen und eine Censur-Behörde zum Schutz der Presse gegen die Willkür der Censur eingesetzt worden, deren Erfolge jedenfalls abzuwarten sein werden, die Erlassung eines anderen Presse-Gesetzes zu beantragen; die ad 2 und 3 gemachten Anregungen aber durch die Verordnung vom 23. Februar c. erledigt gehalten werden mußten. — Einer Petition der Geranten und des Aufsichts-Raths der Rheinischen Zeitungs-Gesellschaft auf Verwendung des Landtages bei des Königs Majestät, daß die von den Censur-Ministern gegen die Rheinische Zeitung verhängten Maßregeln zurückgenommen werden, mußte einstimmig die Unterstützung versagt werden, weil die Angelegenheit nicht im entferntesten mit dem besonderen Interesse der Provinz Pommern und der mit derselben verbundenen einzelnen Theile in einem Zusammenhange steht, viel weniger noch aus einem solchen Interesse hervorgeht, es sich vielmehr hier nur um eine individuelle Bitte und Beschwerde der bei der Rheinischen Zeitung Beteiligten handelt. — Zwei Anträge auf Deffentlichkeit der Stadtverordneten-Sitzungen wurden mit großer Majorität abgelehnt, der eine, weil er weder formell begründet, noch materiell vollständig motivirt war, der andere aus dem zweiten Grunde allein. — Eine Petition auf Deffentlichkeit der Landtags-Verhandlungen wurde einstimmig abgelehnt.

Ein Antrag auf Aufhebung mehrerer Vorrechte des Fiskus, als: 1) der Kostenfreiheit in Prozessen, 2) der ungewöhnlichen Verjährungsfrist von 44 Jahren, 3) der Befreiung von Zahlung der Verzugszinsen, wurde rückichtlich der beiden ersten Punkte durch Abstimmung beiseitigt, in Betreff des dritten Punktes aber begründet gefunden. Der Landtag schloß mit 35 gegen 8 Stimmen die allerunterthänigste Petition: Se. Königl. Majestät wolle geruhen, die Befreiung des Fiskus von Zahlung der Verzugszinsen Allerhöchstdigst aufzuheben.

Inland.

Berlin, 10. April. Se. Majestät der König von Hannover ist nach Hannover, und Se. Königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz nach Neu-Strelitz zurückgekehrt.

Abgereist: Der Königl. hannoversche General-Major und General-Adjutant v. Düring, der Königl. hannoversche Geheime Kabinetts-Rath, Freiherr v. Falke, und der Königl. hannoversche Oberst und Reichs-Marschall von Malortie, nach Hannover.

* Berlin, 10. April. Die meisten der erlauchten Gäste, welche sich jetzt wochenlang am hiesigen Hoflager aufgehalten, sind nun wieder abgereist. Wider Erwarten will uns auch heute noch der König von Hannover verlassen (s. oben), was also den bisherigen Muthmaßungen widerspricht, daß derselbe bis zu seiner Reise nach England in unsrer Mitte zubringen werde. Gestern Nachmittag stattete demselben in dessen Hotel unser Königspaar und die Prinzen einen Abschiedsbesuch ab. — Zu den vielen Gerüchten, welche hier seit einiger Zeit aus Königsberg im Umlauf sind, gehört auch die interessante Mittheilung, daß der Garnison-Prediger Dr. Rupp das von ihm verlangte theologische Colloquium in Bezug seines christlichen Glaubens, vor dem General-Superintendenten der Provinz Preußen, Dr. Sartorius, und noch andern Mitgliedern des dortigen Consistoriums zur allgemeinen Zufriedenheit abgehalten habe, und daß darüber höhern Orts ein günstiger Bericht aus Königsberg eingegangen sei. — Se. Majestät der König haben zu befehlen geruht, daß auch in diesem Jahre an dem bevorstehenden grünen Donnerstag und Charfreitag keine Theater-Vorstellungen stattfinden. — Der französische Opern-Componist Adam hat gegenwärtig eine komische Oper „der König von Yvetot“, vollendet, und solche unserm kunstliebenden Monarchen gewidmet, Höchstwünschlicher den Wunsch ausgesprochen, daß dieselbe bald einstudirt werde. — Der Bau des sogenannten Krosschen Wintergartens schreitet auf dem Exerzierplatze vor dem Brandenburger Thore rasch vorwärts, und dürfte wohl nach seiner Vollendung zu den elegantesten und comfortablesten Vergnügungs-Aufenthaltsorten unsrer Residenz gerechnet werden. Der Unternehmer schmeichelt sich, seinen Wintergarten schon in diesem Jahre am Geburtstag unsres Königs, den 15. Oktober, eröffnen zu können. — Als Künstler von anerkanntem großen Ruf befindet sich jetzt unter uns der Königl. bayerische Hofmaler Stieler aus München. Man glaubt, daß derselbe, höherem Befehle zufolge, nach unserer Hauptstadt gekommen sei, um hier Aufträge von hohen Mitgliedern unsrer Königsfamilie entgegenzunehmen.

In Bezug auf die Besorgnisse, welche in jüngster Zeit in Hinsicht auf den geistigen und politischen Fortschritt in unserm Vaterlande laut geworden sind, kann versichert werden, daß noch vor kurzer Zeit eine dem Throne sehr nahe stehende hohe Person sich dahin ausgesprochen hat, daß der stufenweise sich entwickelnde Fortschritt der Grundpfeiler des preußischen Staats sei, und die Bahn des Fortschrittes von Preußen nie verlassen werden dürfe, indem nur durch den Fortschritt Preußen zu einer großen Zukunft und ruhmvollen Stellung gelangen könne. Eben so wird auch von unsern Staats-

männern nicht in Abrede gestellt, daß Preußen und Deutschland überhaupt zur höhern Entwicklung einer freieren Bewegung bedarf, und die Zeit sie auch gewähren würde. Keiner unserer einsichtsvollen Staatsmänner wird sich von der Bahn des vernunftgemäßen Fortschrittes, welcher ausgesprochen und nothwendiger Grundsatze in unserm Staate ist, jemals entfernen.

(Magdeb. Ztg.)

Königsberg, 8. April. In dem Handbuch über den Königl. Preuß. Hof und Staat für das Jahr 1843 ist S. 262 der Dr. Rupp als Direktor des hiesigen Kneiph. Stadtgymnasiums aufgeführt. (Königsb. Z.)

Stettin, 3. April. Am 3. April 1243 wurde die Stadt Stettin durch ein Privilegium des Pommerschen Herzogs Barnim I. mit Magdeburgischem Rechte bewidmet, und erhielt zugleich einen ansehnlichen Grundbesitz (städtische Feldmark), so wie mancherlei Freiheiten und Gerechtigkeiten. Diese landesherrlichen Verleihungen legten damals den Grundstein zur vollständigen Befreiung unserer Stadt von slavischer Herrschaft und zur Einrichtung einer freien und selbstständigen deutschen Stadtverfassung. — Heute nun wurde die 600jährige Feier dieses für unsere Stadt so wichtigen Ereignisses begangen. Der Direktor des hiesigen Gymnasiums, Professor Dr. Hasselbach, hatte die geschichtliche Bedeutung dieses Privilegiums zum Gegenstande einer besonderen Denkschrift gemacht, welche an sämtliche Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung verteilt war. Vormittags hielt die Stadtverordneten-Versammlung eine außerordentliche Sitzung, in welcher die für dieses Jahr neu gewählten Mitglieder introduzirt, und die diesjährigen Vorsteher und Protokollführer der Versammlung gewählt wurden. Hiernächst vereinigten sich Magistrat und Stadtverordnete, nach guter deutscher Sitte, zu einem gemeinschaftlichen Festmahle, an welchem der Direktor Hasselbach als Ehrengast theilnahm. Mancherlei Tischreden, unter denen der durch den Ober-Bürgermeister, Geheimen Regierungsrath Masche ausgebrachte Toast auf das Wohl Sr. Majestät des Königs voranstand, erhöhten die Freuden der Tafel, und erst spät Abends endete das Fest, mit welchem sich die wichtigsten Erinnerungen unserer Stadtgeschichte aufs innigste verknüpfen. (St. Z.)

* Köln, 4. April. Der in dem jüngst so vielseitig besprochenen Zweikampfe gefallene junge Mann vornehmer Familie scheint schon mehrere Male durch Herausforderungen friedliebender Bürger erschreckt, Widersprechende eingeschüchtern zu haben; so erzählt man sich unter Andern: daß er den Theaterdirektor Hrn. Spielberger nach einem Wortwechsel auf Pistolen gefordert. Der gewandte Künstler wußte sich aber hier aus dem Handel zu ziehen, ohne daß er den Kampf feige ablehnte, noch tollkühn annahm. „Ich bin Gatte und Familienvater, mein junger Herr“, entgegnete er, „und habe also Verbindlichkeiten, die ich unberücksichtigt lassen kann; haben Sie also die Güte, 10,000 Thaler zu deponiren, welche meiner Wittwe eine Existenz sichern, wenn ich falle, und welche mir im Auslande Unterkommen gewähren, sofern ich Sie erlege und flüchten muß, so folge ich Ihnen auf der Stelle, mich auf jede Bedingung zu schlagen.“ Auf diesen Antrag unterblieb natürlich der Kampf, und behielt der geistreiche Künstler die Lächer auf seiner Seite. — In unserer Stadt nimmt die Furcht vor Dieben überhand, und zwar vor solchen, welche die Modeläden heimsuchen und die Augen der Ladenmädchen stets schlummer auf die Probe stellen. Es ist unerfreulich, zu berichten, daß gerade die wenigsten jener Diebe durch Armuth und Elend zur Sünde verführt worden sind, sondern sich durch Pugsucht und Leichtfinn dem Verbrechen ergeben haben, oft guten Familien angehören, dazu auch dem zarteren Geschlechte, und so der jüngsthin verurtheilten vornehmen Dame nachahmen. — Das Ministerial-Rescript, welches das Auftreten der sogenannten Winkel-Advokaten vor dem Friedensgerichte verbietet, äußert schon jetzt eine wohlthuende Wirkung und wird in der Folge noch mehr Segen bringen, sofern die Richter demselben mit Strenge nachkommen, nicht nach und nach wieder jenen Wespen-schwarm auftreten und schalten lassen. Jene Winkel-Advokaten hatten sich nachgerade jeder Sache bemisst und sogen nicht nur das beste Blut der freireiher Parteien, dieselben mit Sieges- und Gewinnshoffnungen täuschend, sondern fachten auch jeden kleinen Zank unter Nachbarn zum Prozesse an, der ihnen die besten Früchte eintragen mußte. Die wirklichen Advokaten waren nicht nur großmüthig und nachsichtig gegen ihre unzünftigen Genossen, sondern begünstigten dieselben offenbar aus keinem anderen Grunde, als weil durch sie auch ihr bester Gewinn begründet wurde. — Die jüngsten Kabinettsordres, die Behandlung der Truppen betreffend, sind nun überall vorgelesen u. haben einen guten Geist hervorgeufen. Der Kamachendienst scheint ganz verschwunden zu sein, zu welchem der Krieger sich unwillig herließ, dagegen die Waffenübung an dessen Stelle getreten zu sein. Waren auch früher thätliche Mißhandlungen unerlaubt, so waren sie doch leider zu häufig und wirkten zweifach nachtheilig dadurch, daß sie die Offiziere in den Regimenten verfaßt machten, noch mehr aber, daß sie das gesammte Militärwesen dem Bürger zum Gräu-

schufen. Jetzt werden die letzten Schranken fallen, die in den Rheinländern noch zwischen Offizier und Bürger, durch verjährtes Vorurtheil, wie durch die Rohheit der Einzelnen gezogen waren, wird zuverlässig auch die Militärpartie mehr Zuwachs aus den Rheinländern erhalten, als dieses früher der Fall gewesen ist.

Deutschland.

* Frankfurt a. M., 7. April. Der Großhandel unserer Ostermesse hat am vorgestrigen Tage unter ziemlich günstigen Vorzeichen begonnen. Käufer und Verkäufer haben sich in guter Zahl eingefunden und in Schweizer weißen Waaren, Sommerartikeln und französischen Modewaaren sollen bereits recht belangreiche Geschäfte gemacht worden sein. Ueberdies sollen die von letzteren dem Plaze zugeführten Vorräthe eben nicht die Frage übersteigen, unstreitig weil der für mehre Gattungen derselben erhöhte Zolltarif einen verhältnißmäßig verminderten Absatz vermuthen ließ. Eine ganz andere Verwandtschaft hat es freilich mit den vereinsländischen Fabrikaten, von denen für den wirklichen Bedarf, der sich aus bekannten Ursachen mit jeder Messe vermindert, noch immer viel zu viel dem Plaze zugeführt wird. Auch von Sohlledern haben wir, vorläufigen Ankündigungen aus Rheinpreußen und dem Luxemburgischen zufolge, sehr starke Zufuhren zu erwarten und in kaufmännischen Kreisen berechnet man den muthmaßlichen Preisabschlag des Artikels auf 6 bis 8 und mehre Prozente. — Den auch hier sehr spürbaren Mangel an Futterhafer, dessen Preise in Folge der vorjährigen Mißernte auf 6 fl. 15 bis 30 Kr. das Malter — etwa 2 preuß. Scheffel — gestiegen waren, dürfte durch eine sehr bedeutende Zufuhr dieser Fruchtgattung aus den preussischen Distrikten demnächst abgeholfen werden. Man giebt dies dort für Rechnung Mainzzer und Kölner Spekulanten erkaufte Quantum Hafer auf 10 bis 12,000 Malter an, die über Rotterdam gehen und wovon bereits einige tausend Malter in Mainz angekommen sind. Es erinnert dieser Vorgang an das Hungerjahr 1817, wo die Maingegend Brodfrüchte aus dem südlichen Rußland bezog. — Unsere Börsenmänner sehen dermalen mit großer Spannung den Resultaten der im Haag mit mehreren Gesandtschaften, worunter auch Rothschild, angeknüpften Unterhandlungen wegen Convertirung der 5procentigen niederländischen Staatsschuld entgegen. Sollte man sich deshalb über einen Zinsfuß von 4½ pSt. zu Paris, wie vermuthet wird, vereinbaren, so hätten die 2½procentigen holländischen Intregale bereits den Hochpunkt ihres relativen Werths mit 55 pSt. etwa erreicht, weshalb auch vorerst keine weiteren Operationen in jenen Fonds hier gemacht werden. — Ludwig Philipp hat unsern berühmten Mitbürger Eduard Rüppel ein vollständiges, aus 12 Bänden bestehendes Exemplar des kostbaren Werkes verehrt, welches die Ergebnisse der Beobachtungen und Forschungen der wissenschaftlichen Commission enthält, die den Weltumsegler Dumont-Durville auf dem „Astrolab“ begleitete und wogegen Rüppel ein Exemplar seines naturhistorischen Atlases einsandte. Bei dem großen Interesse, das Letzterer am Senkenbergischen naturhistorischen Museum nimmt, darf nicht bezweifelt werden, daß jenes Werk demnächst dessen Bibliothek zieren dürfte.

Frankreich.

Paris, 6. April. Heute versammelten sich die Kammer-Bureaus, welche gestern ihre Ausschüsse zur Prüfung des Entwurfs über die Staatsminister nicht gewählt hatten. Im dritten Bureau erklärte sich Hr. v. Tracy gegen das Prinzip des Entwurfs. Hr. Debelleyne aber ganz dafür. Hr. Boudet will, daß jeder Minister gleich bei seinem Austritt von rechts wegen Staatsminister werde. Hr. Durand theilt die Meinung des Hrn. Tracy. Hr. Demoussieu de Givre vertheidigt den Entwurf. Hr. Tracy wird mit 19 Stimmen als Kommissair ernannt. Im 7. Bureau billigt Hr. von Mornay das Prinzip, der Gesetzentwurf möchte aber, daß keine Willkür bei der Ernennung stattfindet. Herr Daloz erkennt das Prinzip und die Form des Projektes an und wird mit 21 St. zum Kommissair ernannt. — Die 9 Kommissaire sind 1. Bureau Hr. Felix Real 20 St. gegen 12; 2. Bureau, Dumon; 4. B. Marshall Sebastiani; 5. B. E. v. Girardin; 6. B. Hr. von Beaumont; 3. B. Hr. v. Tracy; 7. B. Hr. Daloz; 8. B. Hr. Daguerret; 9. B. Hr. Vivet. Im Ganzen 7 Ausschusmitglieder für und 2 gegen den Entwurf. — Auch die Pairskammer hielt heute öffentliche Sitzung. Die Minister brachten einige Gesetz-Entwürfe in die Kammer, die sich hierauf mit dem Entwurf über den Staatsrath beschäftigte.

Spanien.

Madrid, 29. März. Man unterhält sich von nichts Anderem, als von der nun vollendeten Quecksilber-Versteigerung. Das Haus Rothschild ist bei dem Geschäft mit ⅔ theilhaftig. Hr. Salamanca, dessen Namen bei der Abfassung allein ausgesprochen worden, hat ⅓ Antheil dabei. Die Kapitals-Vorschüsse werden aber nur von dem Hause Rothschild geleistet. Vermuthlich tritt auch Hr. Salamanca sein Drittel Geschäfts-antheil an Hrn. v. Rothschild ab. — Das Eintreffen des Infanten Don Francisco da Paula ist spurlos vorübergegangen. Der Prinz und dessen Familie sind ohne

alle Feierlichkeiten in der Hauptstadt eingezogen. — Die Nordamerikanische Fregatte „Empress“, Kapitain Fowasend, war im Hafen von Malaga eingelaufen, um ihre Ladung zu vervollständigen. Das Fahrzeug kam von Gibraltar und hatte ungefähr 100 Kolis mit Waaren am Bord, die in Spanien verboten sind. Der Kapitain hatte erklärt, daß diese Artikel nach den Vereinigten Staaten bestimmt sind. Trotz dieser Erklärung gab der Finanz-Intendant Befehl, dieselben nach dem Mauthamt zu bringen. Der Schiffskapitain wollte diesem Befehle nicht willfahren und wandte sich an seinen Konsul. Dieser sprach mit dem Intendanten, der aber von seinem Beschlusse nicht abzubringen war. Der Nordamerikanische Konsul setzte nun den Generalkommandanten von der Sache in Kenntniß, allein das Einschreiten der Kriegsbehörde richtete nichts aus. Der Finanz-Intendant ließ die Waaren mit Gewalt vom Schiffe auf's Land bringen. Der General-Kommandant hat sich über diese Handlung bei der Regierung in Madrid beschwert. Der Amerikanische Konsul ließ sogleich seine Fahne abnehmen, und ertheilte dem Kapitain und der Mannschaft der Fregatte den Befehl, das Fahrzeug zu verlassen, welches auch sofort geschah. Bekanntlich steht Malaga in häufigen Verbindungen mit Nordamerika, und um so größeres Aufsehen erregte der Fall. Man befürchtet eine Störung in den Handelsbeziehungen.

Belgien.

Brüssel, 6. April. In einem Kabinettsrath, dem der König präsidirte, ist beschlossen worden, Herrn Desmaiferes, Minister der öffentlichen Arbeiten, vorläufig mit dem Kriegsministerium zu bekleiden. — Der Fürst Dolgorouch ist von Paris hier angekommen.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 22. März. Heute ward im Hotel der russischen Mission die nahe Ankunft eines Couriers aus St. Petersburg angezeigt. Diese kann die Erwiderung Sr. Maj. des Kaisers Nikolaus auf das Schreiben des Sultans noch nicht überbringen, da dieselbe in den ersten Tagen des März noch nicht expedirt war. *) Nichtsdestoweniger ist die ganze Diplomatie gespannt und erwartet mit Unruhe die neuen Entschlüsse Rußlands. Eine lange Konferenz hat vorgestern zwischen Hrn. v. Butenieff und Sir Stratford Canning stattgehabt, worin der russische Botschafter die Lage Serbiens darstellte und sich bemühte, die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der von Rußland an die Pforte für dieses Land gemachten Anforderungen zu zeigen. Hr. v. Butenieff soll vorzüglich den Umstand geltend gemacht haben, daß wenn Rußland sich in der serbischen Frage durch andere Rücksichten, als die einer strengen Unparteilichkeit und Gerechtigkeit leiten ließe, es wohl nicht zu erklären wäre, wie das umsichtige Oesterreich sich darauf einlassen könnte, die Ideen des russischen Kabinetts zu vertreten und sich mit dem letztern zu vereinen, um von der Pforte die Herstellung der Verhältnisse in Serbien, wie sie im Augenblick nach der Absetzung des Fürstin Michael bestanden, zu erwirken. Sir Stratford Canning soll nichts Bestimmtes darauf erwidert, sondern nur gleichsam sein früheres Benehmen dadurch rechtfertigend bemerkt haben, wie er bisher nur im Geiste der ausgezeichnetsten russischen Diplomaten, namentlich Brunnows, gehandelt habe, welcher weit entfernt gewesen sei, die serbische Angelegenheit unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, wie es jetzt in St. Petersburg zu geschehen scheine. Trotz der ausweichenden Erklärung des britischen Botschafters ist man hier der Meinung, daß England sich nunmehr an die sogenannten nordischen Mächte anschließen und die Pforte plötzlich allein den Großmächten Europa's gegenübersehen werde. Denn Hr. v. Bourqueney, welcher die Pforte in ihrem Bestreben, die Regierung des Alexander Georgiewitsch aufrecht zu halten mit Eifer unterstützte, hat mit der letzten Post die Weisung von Paris erhalten, in der serbischen Frage mit England zu gehen. Diese unerwartete Isolirung dürfte die Pforte in nicht geringe Verlegenheit versetzen und sie endlich bestimmen, eine neue Fürstenthumwahl in Belgrad anzuordnen, wobei es wohl nicht mehr zweifelhaft wird, wen die Wahl treffen soll und unter wessen Auspizien. In diesem Falle halten sich nun die listigen Türken für übertroffen, denn Niemand vermag es ihnen mehr aus dem Kopf zu schlagen, daß das Gespenst des modernen Slaventhums auf die geschickteste Art durch die kläglichste Mystifizirung der Koryphäen der serbischen September-Revolution und im geeignetsten Moment heraufbeschworen wurde, um jede Regung zu vernichten, die sich zu Gunsten des Padschah und jenes Systems gezeigt haben möchte, welches Se. Hoheit für die Donaufürstenthümer schon auf Unrathen Tzetz Mehemed Pascha's adoptirt hatte. — Es sind dieser Tage zwei neue Dampfboote für den russischen Postdienst zwischen Odessa und Konstantinopel von London hier angekommen, von je 280 Pferdekraft; sie erhalten die Namen „Krim“ und „Odessa“. Die russische Seemacht auf dem schwarzen Meere nimmt seit einiger Zeit in fast geometrischer Progression zu, und ist vor Allem dazu geeignet, der Pforte und allen Völkern der Pontus-

*) Diese Antwort-Depesche ging, wie wir aus andern Briefen ersehen, am 15. März von Petersburg ab.

(Ann. d. Red. d. A. A. 3.)

küsten zu imponiren. — Die letzten Depeschen aus Serbien schildern das Land als in großer Gährung begriffen.

Afrika.

Algier, 30. März. Den 19. März, schreibt General Gentil aus Mostaganem, bemerkte man in der Nacht eine bedeutende Zahl Feinde. Sie wurden aber bald aus ihrer Verschanzung geschlagen und 712 Gefangene gemacht, worunter 158 starke Männer. Wir bedauern nur 11 Tote und 18 Verwundete. Den 25. waren die Gefangenen schon in Mostaganem. Die Regierung hat 400 Dshen und 3000 Lämmer von der Beute erhalten.

Lokales und Provinzielles.

** Breslau, 12. April. Heute wurde unserm neuen Ober-Bürgermeister, Herrn Regierungs-Rath Pinder, von dem hiesigen Bürger-Schützen-Corps ein solenner Fackelzug gebracht.

Denkmünze.

Die ökonomisch-patriotische Societät der Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer, eine der ältesten Gesellschaften Schlesiens für gemeinnützige Zwecke, und viel und hochverdient um die Beförderung der Landwirtschaft, hat zur Aufmunterung für diesen wichtigen Zweck, für die Bestrebungen um den Landbau, zu vielen Verdiensten, auch die Prägung einer Denkmünze hinzugefügt, welche dem „anerkannten Verdienste“ in dem Bereiche ihres segensreichen Wirkungskreises bestimmt ist. Wenn es der Gesellschaft gelingen sollte, Männer zu belohnen, die in ihrem Fach gleich ausgezeichnet und gleich glücklich in ihrem Wirken; — wie schön ausgebildet, gelungen und scharf ausgeprägt die für sie bestimmte Denkmünze ist; so wird man — ist es erlaubt, den großen und weiten Wirkungskreis mit der begrenzten Belohnung in Vergleich zu stellen, der Societät alles Glück zu wünschen haben, da diese Denkmünze so einfach und schön, wie der Zweck, für den sie bestimmt ist, eine der gelungensten aus der Medaillen-Münze des Herrn Loos genannt werden kann. Wir haben die Ausprägung in Bronze und Silber vor Augen, beide sind gleich schön. Die Hauptseite zeigt uns einen bestellten Acker, mit dem Fernblick in eine einfache Landschaft, ein Säemann streut aus vollem Saamentuch mit voller Hand den Saamen zu künftiger Frucht, und des Erfolges gewiß, sprießen hinter seinen Schritten Blumen empor, damit sich das Schöne zum Guten geselle. Die Rückseite enthält die bezeichnende Inschrift: „Die Oekonom. Patriot. Societät d. Fürstenthümer Schweidnitz u. Jauer. Achtungsvoll dem anerkannten Verdienste.“ Wir wünschen recht Vielen unserer Landwirthe ein solches Anerkennung, und Freunden der Medaillenkunde — in wie fern der Besitz gestattet ist — empfehlen wir diese Denkmünze als eine Zierde ihrer Sammlungen. — e —

Mannigfaltiges.

— Ein lächerlicher Austritt kam am 4ten d. Mts. Abends zu Paris im Théâtre des Variétés vor. Eine Gesellschaft junger Leute, welche zusammen gespeiset hatten und in das Theater gegangen waren, fanden den dortigen Humor nicht nach ihrem Geschmack, und beschloffen, wieder hinauszugehen. An der Thür fand sie den Billeteur nicht zur Stelle, wohl aber die Billeter, nahmen diese sämmtlich mit und vertheilten sie mit lachendem Munde auf dem Boulevard an Jeden, der sie haben wollte. In einigen Minuten war das Haus überfüllt, und die Direktion mußte gute Miene zum bösen Spiel machen. Die Vorstellung ging übrigens ohne weiteren Unfug zu Ende.

— Ein Schreiben aus Nizza vom 27. März meldet die wichtige Nachricht, daß der Ritter Iller, ein bekannter Künstler, dahin gelangt sei, Daguerreotypbilder in den natürlichen Farben darzustellen. Die Darstellung soll eben so schnell gehen, als bisher.

Ein Prozeß vor dem Pariser Handelsgericht, der am 3. April entschieden wurde, hat die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch genommen.

Auf einem Maskenball drängte sich eine schwarze Maske zu einem königlichen Prinzen und unterhielt sich sehr lebhaft mit ihm.

Handels-Bericht.

Hamburg, 31. März. Zucker, roher, hatte wenig Umsatz, da man noch immer bei stärkern Zufuhren mehr Nachgiebigkeit erwartete.

für gute Fabrikate genommen; von Compnen und Melis ist viel am Markte, bei der hohen Haltung indes wenig Beachtung dafür.

Kaffee hatte beträchtlichen Absatz; Rio, gut ordinär, bedang bei vielfacher Frage 3 1/2 - 3 3/8 Sh.

Gewürze. Pfeffer matt, englischer gilt 3 1/2 - 4 Sh., Sumatra und Bombay 2 7/8 - 3 3/8 Sh.

Farbehölzer. Der Begehr nach Blauholz kann bei den seitherigen kleinen Zufuhren und sehr zusammengeückten Lägern nicht nach Wunsch befriedigt werden.

Zin. Für 1000 Ctr., in loco, hat man in diesen Tagen noch 13 3/4 Mk. angelegt.

Getreide. In Weizen ist in letzter Zeit etwas mehr Umgang gewesen, es wurde jedoch erst dann für den örtlichen Bedarf gekauft.

gen eintrafen, so hat die anfängliche Preiserhöhung keinen Bestand gehabt; 125/127 Pfd. schlesischer 94 Rthl.

Der Wollhandel hat in der vergangenen Woche keine nennenswerthe Veränderung erlitten; aus London schreibt man unterm 28. d. M., daß die Berichte aus den Manufaktur-Distrikten über das Geschäft in diesem Artikel etwas günstiger lauteten.

Stettin, 3. April. Getreide. Von Weizen sind seit Freitag einige Partien 128/129 Pfd., gelber schleffischer von 1841 zu 40 Rthl. vom Boden zur Ver-

Schlagelinsamen in mittelmäßiger Waare wurde zu 53 Rthl. und Spiritus aus erster Hand zur Stelle zu 19 1/4 % erlassen.

Rübböl in loco macht sich knapper und ist mit 11 1/2 Rthl. bezahlt und so gehalten; Lieferung per April und Mai 11 Rthl., per September und Oktober 12 Rthl. gefordert.

Redaktion: E. v. Baerst und H. Barth.

Verlag und Druck von Graß, Barth u. Comp.

Theater-Repertoire. Donnerstags, den 13. April. Musikalisch-deklamatorische Akademie und lebende Bilder.

1) Ouverture zu „Hans Heiling“, von Marschner. 2) Aelide, von Beethoven, vorgetragen von Dlle. Späker.

Freitag den 14. und Sonnabend den 15. April bleibt die Bühne geschlossen.

Herrn Commissionair Kretschmer, meinen gewissen Vorwand, ersuche ich, mir seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort des Baldigsten anzuzeigen.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geb. von Schack, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich, statt besonderer Meldung, hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen.

Reisse, den 10. April 1843. von Schütz, Premier-Lieutenant im 4ten Inf.-Reg. u. Adjutant der 12ten Division.

Todes-Anzeige.

Nach achttägigem Krankenlager entschlief heute Abend um 9 Uhr im 70ten Lebensjahre, unser innigst geliebter Bruder, Vater, Schwieger- und Großvater, der Königl. Geheim-Commerzien-Rath Karl Anton Gotthardt v. Wallenberg.

Luise v. Wallenberg, als Gattin; Johann v. Wallenberg, als Schwister; Paul v. Wallenberg, Franz v. Wallenberg, Gideon v. Wallenberg, als Söhne; Ernst v. Wallenberg, Ida v. Wallenberg, geb. v. Schopp, Pauline v. Wallenberg, geb. v. Sellhorn, Auguste v. Wallenberg, geb. v. Schelha, Clara v. Wallenberg, geb. v. Schelha, und sechs Enkel.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes Rathschluß entschlief sanft unsere innigstgeliebte Tochter Francisca in dem blühenden Alter von 17 Jahren, 7 Monaten, 17 Tagen, an der Unterleibs-Entzündung.

Rathser, den 9. April 1843. Kaufmann Franz Reuber nebst Frau und Geschwister. Von heute ab wohne ich Junkern-Strasse Nr. 8. Breslau, den 12. April 1843. H. Ullmann. Ich wohne jetzt Graupenstraße Nr. 16. Jacob Urbach, vereideter Waaren-Mäkler.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.) Am 7ten d. M. starb an einem gastrisch-nervösen Fieber mein innigstgeliebter Mann, der Architekt Edmund Treitschke.

Leipzig, den 9. April 1843. Emilie Treitschke, geb. v. Stenjsch.

Am Schlusse der Vorlesungen des Herrn Professor Dr. Braniff über christliche Religionsphilosophie.

Ein hohes Ideal, das über Welten schwebt ist auch zugleich der Gott, der in den Welten lebt, die Welten sind sein Thun, der Mensch sein Ebenbild.

Erleiser ist er uns, so weit das Uebel reicht, das still erlitten nur, im Menschen gleich entweicht. Wer Böses, spricht der Christ, mit Bösem nicht vergilt, Für den ist Böses nicht, es ist in ihm gestillt.

Wenn die Natur verkündet so in den Himmel steigt. Und wenn Dich gleichsam einst die Menschheit ausgiebhet, Wenn sich Natur und Geist zu Deiner Höh' verkündet, Wenn Alles sich vereint, dann ist es an der Zeit.

Höhere Bürgerschule.

Die Prüfung der zur Aufnahme angemeldeten Schüler findet Mittwoch den 19. April um 9 Uhr, die Inscription Tags darauf statt.

Breslau, den 11. April 1842. Dr. Kletke.

Mit Bezugnahme auf die in der Breslauer Zeitung Nr. 84 und 85 enthaltene Bekanntmachung des W. Magistrats zu Jauer vom 1sten d. Mts. „den daselbst stattgefundenen Brand betreffend“, erkläre ich mich hiermit bereit: Gaben christlicher Liebe und des Erbarmens von hier oder aus der Umgegend für die unglücklichen Abgebrannten in Empfang zu nehmen und deren ungesäumte Ablieferung an die genannte Behörde zu zweckmäßiger Vertheilung zu bewirken.

Breslau, den 11. April 1843. Neumann, J. R., Stadt-Syndikus zu Jauer, z. 3. Provinzial-Landtags-Abgeordneter hierselbst, Hinter-Markt Nr. 2.

Verkauf einer Besizung.

In einer 8 Meilen von Breslau entfernten Provinzialstadt Nieder-Schlesiens ist eine sehr schöne, frei gelegene und eine sehr hübsche Aussicht darbietende Besizung, welche sich vermöge ihrer Lage und innern grossartigen Einrichtung, sowohl zum Ruhesitz für einen Rentier oder Pensionair, als auch zu jedem Fabrik-Etablissement eignet, um den nach Verhältniss des Werths äusserst billigen Preis von 6000 Rthl. bei 2 bis 3000 Rthl. Einzahlung zu verkaufen, und bald oder später zu übernehmen.

Ein Freigut à 2700 Rthl., 5 Meilen von Breslau, mit Brennerei- und Schank-Gerechtigkeit, circa 60 Morgen gutem Ackerland und 15 Morgen Wiesen, weiset zum Kauf nach S. Müllsch, Bischofsstr. 12.

